

Berlin

BREDOW-HAUPTSCHULE WEDDING

Personalräte sperren Aushilfslehrer aus



Bild: Gerd Engelsmann

Fiona Brunk ist im Auftrag von „Teach First Deutschland“ an der Bredow-Hauptschule in Wedding tätig. Die Organisation sucht sich ihre Fellows nach einem Auswahlverfahren aus. Es zählen Persönlichkeit und auch hochwertige Uni-Abschlüsse.

Von Martin Klesmann

Berlin - Fiona Brunk stand vor einer viel versprechenden Karriere als Mathematikerin. Doch nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Doktorarbeit an der schottischen Universität Saint Andrews wechselte die 29-Jährige an die Bredow-Hauptschule in Berlin-Wedding. Dort ist sie seit Schuljahresbeginn 2009/10 für zwei Jahre tätig – als Aushilfslehrerin, die Mathe und Englisch unterrichtet, und in der Streitschlichter AG.

Sie ist eine von 27 Hochschulabsolventen, die im Rahmen der Initiative „Teach First Deutschland“ derzeit an Berliner Schulen tätig sind. Jetzt verdient Fiona Brunk nach eigenen Angaben nur 1 216 Euro netto. „Ich bin sorgenfrei aufgewachsen und an den persönlichen Erfolg gewohnt, durch meine Tätigkeit an dieser Schule möchte ich auch anderen etwas geben“, sagt sie.

Bezahlt werden Fiona Brunk und die anderen Hochschulabsolventen aus dem Topf, aus dem die Bildungsverwaltung jährlich befristete tätige Vertretungslehrer bezahlt. Etwa 15

Millionen Euro stehen jährlich zur Verfügung.

Gegen diese Aushilfslehrer ohne Lehramtsstudium machen allerdings die Personalräte und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mobil. In mehreren Bezirken, darunter Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg, ließen die Personalräte die jungen Hochschulabsolventen gar nicht erst an die Schulen. „Durch diese Fellows werden jährlich etwa 900.000 Euro aus den Mitteln für Vertretungslehrer gebunden“, kritisiert etwa GEW-Sprecher Peter Sinram.

Zunächst einmal müssten doch regulär ausgebildete Lehrkräfte unbefristet übernommen werden. Außerdem seien die Verträge, die die Initiative „Teach First Deutschland“ mit der Bildungsverwaltung geschlossen hat, nicht offen gelegt worden, Einsatzorte und Aufgaben der Hochschulabsolventen nicht hinreichend geklärt. Am Freitag nächster Woche wird die Einigungsstelle des Landes nun auf Betreiben des Hauptpersonalrates darüber befinden, ob die Einsprüche gegen „Teach First Deutschland“ berechtigt sind.

Fiona Brunk gibt einer Teilklasse von Hauptschülern Mathe und Englischunterricht, dort gibt sie auch der Lehrerin ihre Einschätzungen weiter. Lehrerin werden wolle sie nicht, sagt sie. Aber statt mit Mathematik wolle sie sich künftig viel lieber mit Bildungsfragen beschäftigen. Zunehmenden Respekt hat sie allerdings schon vor dem Lehrerberuf entwickelt. „Wenn ein Lehrer eine volle Stelle hat, ist die Belastung wirklich außerordentlich groß“, sagt sie.

Fiona Brunk ist von „Teach First Deutschland“ in einem dreimonatigen Crash-Kurs auf ihre neue Tätigkeit vorbereitet worden. „Vor größeren Klassen ist es teilweise schwierig, sich Respekt und Gehör zu verschaffen“, sagt sie. Kollegen wie Religionslehrer Horst Theißen-Körner loben die „Energie und die neuen Ideen“, die solch junge Kräfte in ein Lehrerkollegium geben.

Die Initiative „Teach First“ wird auch von Unternehmen gesponsert, ihr Sitz befindet sich repräsentativ in der Friedrichstraße. Offenbar gilt vielen Hochschulabsolventen neben einem Auslandsaufenthalt inzwischen auch eine Station als Lehrer in einem sozial schwierigen Stadtteil als wichtig.

Zum neuen Schuljahr sollen nur noch zehn neue Hochschulabsolventen an Berliner Schulen tätig werden, wie „Teach First“-Sprecherin Verena Köstner bestätigte. Der Grund: Die Mittel für Vertretungslehrer werden von den Schulen inzwischen zu 98 Prozent ausgeschöpft. Da ist es schwierig, weitere Fellows zu beschäftigen. Und andere Mittel stellt die Bildungsverwaltung nicht mehr zur Verfügung.

[Leserbrief »](#)

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [MEDIADATEN](#)

